

Schulleiter-Ausbildung in der Kritik

Grossräte fordern einheitliche Standards für Schulleitende – der Kanton arbeitet bereits an solchen Vorgaben.

Eva Berger

Wer im Aargau Schulleiterin oder Schulleiter werden will, braucht dafür kein bestimmtes Anforderungsprofil. In der Regel haben Schulleitende einen pädagogischen Hintergrund und sie sollen ausserdem Führungs- und Berufserfahrung mitbringen. So lauten die Empfehlungen der Erziehungsdirektorenkonferenz, nach denen sich die Schulpflegen bei der Anstellung einer Schulleitung richten. Ist ein Schulleiter eingestellt, absolviert er zuerst, berufsbegleitend, die Ausbildung für Schulleitende an der Pädagogischen Hochschule. Das ist alles.

Und das ist nicht genug, finden Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker von links bis rechts. Sie verlangen einen einheitlichen und professionellen Ausbildungs- und Weiterbildungsprozess für Schulleiterinnen und Schulleiter. In der letzten Sitzung des Grossen Rats haben sie ein entsprechendes Postulat eingereicht. Der Zeitpunkt ist nicht zufällig: Am 27. September wurde an der Urne die Abschaffung der Schul-

pflegen besiegelt, die Schulleitungen werden ab 2022 direkt mit dem jeweiligen Gemeinderat zusammenarbeiten. «Umso wichtiger ist es, ein differenzier-

«Schulleitende bringen öfters nicht den nötigen Rucksack mit und sind dann überfordert.»



Doris Iten
Grossrätin SVP

tes und qualitativ hochstehendes Ausbildungsangebot bereitzustellen», sagt die Postulantin Doris Iten (SVP). Rückmeldungen von Lehrpersonen zeigten aber, dass die Qualifizierungen von Schulleitenden schon heute teilweise ungenügend seien. Das zeige sich unter anderem an vielen Wechseln in diesen Positionen, so Iten. «Schulleitende bringen öfters nicht den nötigen Rucksack mit und sind überfordert». Mit der umstrittenen Einstellung des früheren Badener Stadtmanns Geri Müller durch die Schule Brugg als Schulleiter habe der Vorstoss aber nichts zu tun, versichert Iten: «Das Problem besteht länger. Es braucht eine standardisierte Ausbildung für Schulleitende, ansonsten leidet die Qualität der Schule. Insbesondere, wenn die neuen Führungsstrukturen in Kraft treten.»

Neuer Ausbildungsweg bereits in Arbeit

Die Postulanten rennen damit jedoch offene Türen ein. «Das System muss unbedingt angepasst werden, wir sind dafür in einem Fachbeirat vertreten»,

sagt Philipp Grolimund, Co-Präsident des Aargauischen Schulleiter-Verbands. Mit Einführung des neuen Entlohnungssystems soll auch die Ausbildung für Schulleitende aktualisiert und die Ausbildung relevant werden. Dies unter anderem dadurch, dass neben dem berufsbegleitenden Lehrgang auch eine Aus-

bildung angeboten wird, die vor Einstellung als Schulleiter absolviert werden kann.

Zudem werde ein genaues Anforderungsprofil definiert, der Entwurf liege derzeit beim Kanton, so Grolimund. Und er ist zuversichtlich: «Die Forderung der Postulanten in diesem Bereich wird erfüllt werden.»

Gewerbeverband gegen mehr Lohn für Lehrpersonen

Der Aargauische Gewerbeverband (AGV) fordert, dass der Kanton auf die Revision des Lohnsystems für Lehrpersonen verzichtet. Dieses soll die Löhne im Vergleich mit jenen in den umliegenden Kantonen konkurrenzfähig machen und damit dem Lehrermangel entgegenwirken. «Die Forderung setzt in der aktuellen Krise mit unbestimmtem Ausgang ein falsches Signal», schreibt der Verband in einer Mitteilung an die Medien. Die geplanten 69 Millionen an jährlichen Zusatzkosten belasteten den Kanton zu stark und «die präjudizierende Wirkung mit

grossen finanziellen Auswirkungen auf alle weiteren Staatsangestellten, aber auch Angestellte in der Privatwirtschaft wäre unvermeidlich», so der Gewerbeverband. Der Verband sieht auch keine Notwendigkeit für die vorgeschlagenen Anpassungen: «Entgegen vielen Behauptungen ist das Lohnsystem des Kantons Aargau hingegen absolut wettbewerbsfähig», hält er fest.

Die Vorlage kommt voraussichtlich im Dezember in den Grossen Rat. Die Mehrheit der Parteien befürwortet sie, die SVP spricht sich ebenfalls aus Kostengründen dagegen aus. (eva)